



**Fragen & Antworten
zu Soforthilfen, Wiederaufbau,
Bevölkerungsschutz, Katastrophenhilfe,
Klimaanpassung und Klimaschutz**

Stand: 21. Juli 2021

Stand: 21. Juli 2021

Fragen & Antworten

zu Soforthilfen, Wiederaufbau, Bevölkerungsschutz, Katastrophenhilfe, Klimaanpassung und Klimaschutz

1. Soforthilfen und Wiederaufbau

Wie will die CDU den von der Flut betroffenen Menschen schnell und unkompliziert vor Ort helfen, um den Wiederaufbau zu unterstützen?

➤ ***Welchen Schwerpunkt legen Bund und Länder bei den Hilfen?***

Es geht um die Menschen, die in der Flut ihr Hab und Gut verloren haben, ihre Häuser, Autos, Maschinen etc. Wir werden alles tun, um den betroffenen Menschen zu helfen und wollen den Wiederaufbau unterstützen: schnell und unkompliziert. Die finanzielle Soforthilfe muss rasch und unbürokratisch bei den Flutopfern ankommen. Sie sind jetzt in Not und brauchen jetzt Unterstützung. Die von der Katastrophe hart getroffenen Menschen und Regionen können sich auf unsere Unterstützung verlassen. Nothilfe und Wiederaufbau sind eine Gemeinschaftsaufgabe. Bund und Länder werden dabei Hand in Hand zusammenarbeiten und die finanziellen Mittel gemeinsam zur Verfügung stellen. Weitere Maßnahmen und Schritte sind in Ausarbeitung und werden schnellstmöglich verabschiedet.

➤ ***Welche Hilfsmaßnahmen gibt es vom Bund?***

Mit bis zu 200 Mio. Euro beteiligt sich der Bund an den Soforthilfen der Länder, womit bis zu 400 Mio. Euro insgesamt an Soforthilfen bereitstehen. Mit diesen Hilfen sollen neben der Überbrückung von Notlagen auch die Wiederherstellung der kommunalen Infrastruktur und die Beseitigung der Schäden an Gebäuden finanziell unterstützt werden. Auch an den Aufbauhilfen, die über die nächsten Jahre fortauern werden, sichert der Bund seine finanzielle Beteiligung zu. Und der Bund bemüht sich zusätzlich darum, Mittel aus dem EU-Solidaritätsfonds zu beantragen.

Der Bund verzichtet des Weiteren auf die Erstattung der Auslagen, die THW, Bundespolizei, Zollverwaltung, Bundeswehr, Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes sowie beim Einsatz von Behelfsbrücken im Rahmen der Vor-Ort-Unterstützung entstehen.

➤ ***Was ist im Falle künftiger Starkwetterereignisse geplant?***

Der Bund plant, gemeinsam mit allen Ländern, einen Fonds aufzusetzen, um für mögliche zukünftige Starkwetterereignisse gemeinschaftlich und solidarisch reagieren und Betroffene schnellstmöglich und umfassend unterstützen zu können.

2. Bevölkerungsschutz, Katastrophenhilfe und Klimaanpassung

Welche konkreten Schritte will die CDU in der nächsten Legislaturperiode unternehmen, damit Deutschland für künftige Krisen besser gerüstet ist?

➤ ***Wie kann ein ganzheitlichen Bevölkerungsschutz wirksam gestärkt werden?***

Für Bund, Länder und Kommunen braucht es eine gemeinsame nationale Katastrophenschutzstrategie, damit Deutschland krisenfester wird. Für bundesweite Krisenszenarien brauchen wir einen verlässlichen Rahmen. Die nächste Krise kann ihren Ursprung im Klimawandel haben, durch Extremwetterereignisse wie Dürren, Trinkwassermangel, Waldbrände oder Hochwasser ausgelöst werden oder Folge von Cyberattacken oder Desinformationskampagnen sein. Durch die Zuständigkeitsverteilung auf unterschiedliche Bundesressorts, Länder, Städte, Landkreise, Gemeinden, Hilfsorganisationen und das Technische Hilfswerk kann bundesweit ebenso wie regional zielgerichtet auf Entwicklungen reagiert werden. Gleichzeitig sind genau in diesem Zuständigkeitsgeflecht funktionierende 360-Grad-Lageinformationen, etablierte gemeinsame Kommunikationsroutinen, gute Koordination und gemeinsame Entscheidungsfindung der Schlüssel zum Erfolg.

Unser föderales System für den Bevölkerungsschutz in Deutschland ist leistungsfähig, flexibel und flächendeckend verfügbar. Die Anforderungen von heute sind allerdings andere als früher. Wir wollen deshalb neue Kriterien für eine länderübergreifende Schadenslage entwickeln und zwischen Bund und Ländern einen modernen Bevölkerungsschutz etablieren. Für eine engere Vernetzung und Verzahnung aller Akteure im Bevölkerungsschutz in Bund, Ländern, Kommunen und Hilfsorganisationen wollen wir nach

dem Vorbild der Abwehrzentren des Bundes und der Länder im Bereich der Inneren Sicherheit eine gemeinsame Plattform bilden.

➤ ***Warum soll das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe ausgebaut und das Zusammenwirken aller relevanten Behörden verbessert werden?***

Wir wollen das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) weiter ausbauen, sodass der Bevölkerungsschutz stärker als bisher in einem integrativen Netzwerk aller Akteure zusammenwirken kann. Gerade bei biologischen Gefahren wie Pandemien oder Bioterrorismus ist das enge Zusammenwirken von Innen- und Gesundheitsbehörden besonders wichtig. Deshalb wollen wir das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe und das Robert Koch-Institut in ihrer Zusammenarbeit sowie in ihrer jeweiligen Koordinierungsfunktion rechtlich, personell und technisch stärken. Dies gilt sowohl für die Risikoanalyse, die Pandemieplanung als auch die Koordinierung der Lagebewältigung.

➤ ***Warum ist die Vorhaltung nationaler Reserven so wichtig?***

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig die Vorhaltung nationaler Reserven für den Krisenfall sein kann. Wir müssen wissen, für welche Krisenszenarien wir in welchem Umfang Reserven wo vorhalten und bevorraten und welcher Bedarf aktuell besteht. Das gilt für den gesundheitlichen Bevölkerungsschutz ebenso wie für weitere Krisenlagen. Wir wollen daher eine neue Nationale Reserve Gesundheitsschutz für wichtige medizinische Versorgungsgüter – wie etwa persönliche Schutzausrüstung – schaffen und diese rechtlich sowie finanziell langfristig absichern. Gleiches gilt für die im Ausbau befindlichen THW-Logistikzentren.

Das BBK soll als zentrale Informationsplattform zu den nationalen Bevorratungen von Energie, Wasser, Gesundheit und Ernährung dienen. Es soll dafür eine analytische Bedarfsplanung nationaler Reserven auf der Grundlage von Szenarien und Risikobedarfsanalysen vorhalten, ergänzt durch ein zentrales Monitoring der Bestände (z. B. von Arzneimitteln und Medizinprodukten, Mineralöl, Nahrungsmittelvorräten). Dadurch sollen Engpässe frühzeitig erkannt, angezeigt und behoben werden können.

➤ **Warum ist es notwendig, Warnmedien modern und zielgerichtet zu gestalten?**

Die Menschen in Deutschland müssen sich auf ein gut aufgestelltes und zuverlässiges Warnsystem in Krisenlagen und Gefahrensituationen verlassen können. Blinde Flecken im Warnsystem wollen wir daher schließen. Wir wollen die Warnmedien modern und zielgerichtet gestalten. Um sicherzustellen, dass Warnungen auch in Zukunft den richtigen Empfängerkreis schnell erreichen, muss der Warnmix aus digitalen und analogen Medien fortwährend an ein sich wandelndes Nutzungsverhalten und die Erfordernisse von Angeboten in Fremdsprachen und einfacher Sprache angepasst werden. Hierzu gehört es auch, die Nutzung von Cell-Broadcasting-Technologie als ergänzenden Multiplikator im Warnmittelmix zu prüfen. Um im Ernstfall alle Menschen überall zu erreichen, müssen alle Warnmittel genutzt werden. Dazu zählt für uns nach wie vor ein verlässliches Netz von Sirenen.

➤ **Muss die sogenannte nicht-polizeiliche Gefahrenabwehr nicht ebenso gestärkt werden, wie dies bei den Sicherheitsbehörden erfolgt ist?**

Unser System der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr und das Zusammenwirken von Feuerwehr, Hilfsorganisationen, Technischem Hilfswerk und Rettungsdiensten haben sich bewährt. Wir wollen es weiter stärken und für eine noch bessere Vernetzung sorgen. Unsere Sicherheitsbehörden haben wir in den zurückliegenden Jahren personell, materiell und strategisch massiv gestärkt. Um dieses erfolgreiche Wachstum der Bundessicherheitsbehörden auch auf den Bereich der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr zu übertragen, setzen wir uns auch hier für ein personelles und finanzielles Investitionsprogramm ein. Zudem wollen wir Hilfsorganisation und Feuerwehren so ausstatten, dass sie noch besser auf große Schadensereignisse und langanhaltende Einsätze reagieren können.

➤ **Wie soll die Leistungsfähigkeit des Technischen Hilfswerks weiter gestärkt werden?**

Das Technische Hilfswerk (THW) ist mit seinen rund 80 000 ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern ein starker Akteur im Bevölkerungsschutz. Mit seiner föderalen und dezentralen Struktur und der technischen Expertise seiner ehrenamtlichen Einsatzkräfte leistet das THW schnell und flexibel wirksame Hilfe und Unterstützung in Krisenlagen. Wir sind dankbar für diesen Einsatz und wollen die Leistungsfähigkeit des THW weiter stärken. Dazu zählt für uns vor allem eine moderne und angemessene technische Ausstattung.

➤ ***Was ist zu tun, damit bei Unglücken schnelle Hilfe für betroffene Menschen und Regionen verfügbar ist?***

Für die von Unglücken betroffenen Menschen und Regionen müssen schnell unbürokratische Hilfsprogramme zur Verfügung stehen. Unfallversorgung und Notdienste funktionieren nur im engen Zusammenwirken von Bund, Ländern, Städten, Landkreisen, Gemeinden und ehrenamtlichen Helfern vor Ort. Feuerwehren, Technisches Hilfswerk, Rettungsdienste und freie Träger sind dabei unverzichtbar für unsere Daseinsvorsorge. Das bewährte System des flächendeckenden Brand- und Katastrophenschutzes wollen wir erhalten und weiter fördern. In diesem System engagieren sich allein in den Freiwilligen Feuerwehren rund 1,1 Millionen Menschen ehrenamtlich zum Schutz der Menschen und unserer Lebensgrundlagen.

➤ ***Wie kann der bürgerschaftliche Einsatz für die Sicherheit weiter gefördert werden?***

Ohne Millionen von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern wäre der Bevölkerungsschutz in Deutschland nicht denkbar. Unser integriertes Hilfeleistungssystem wird von den Menschen getragen, die in ihrer Freizeit in Freiwilligen Feuerwehren, beim Technischen Hilfswerk, beim Deutschen Roten Kreuz, beim Malteser Hilfsdienst, bei der Johanniter Unfallhilfe, beim Arbeiter-Samariter-Bund, bei der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft und vielen anderen Organisationen täglich ihren Beitrag leisten, um die Menschen in unserem Land zu schützen. Der große Anteil ehrenamtlicher Kräfte stellt nicht nur ein außergewöhnlich hohes Maß bürgerschaftlichen Engagements dar, sondern sichert auch ein flexibles System effizienter Gefahrenabwehr und Hilfeleistung. Diejenigen, die sich aufopfernd und unentgeltlich rund um die Uhr für die Sicherheit ihrer Mitmenschen einsetzen, müssen dauerhaft unterstützt werden. Sie sind Vorbilder in unserer Gesellschaft. Ihnen gebühren unser Dank und unsere Anerkennung. Mit weiteren Anreizen wollen wir die vielen Frauen und Männer, die sich heute schon ehrenamtlich für die Sicherheit einsetzen, auch künftig für diese Aufgabe begeistern und weitere Menschen hierfür gewinnen.

➤ ***Welche Bedeutung ist der zivil-militärische Zusammenarbeit im Katastrophen- und Bevölkerungsschutz beizumessen?***

Die Menschen in Deutschland sollen weiterhin darauf vertrauen können, dass ihnen die Bundeswehr mit ihren spezifischen Fähigkeiten im Katastrophen- und Bevölkerungsschutz auch im Inland rasch und wirksam hilft – sei es zur Hilfe bei Schnee- oder

Hochwasserkatastrophen oder sei es nach Großschadensereignissen, sei es zum Schutz lebenswichtiger Infrastruktur in Unterstützung der Kräfte der inneren Sicherheit oder sei es, wenn Menschen sonst in Not geraten sind. Die Bundeswehr wird auch in Zukunft die Fähigkeiten bereitstellen, die im Rahmen der Amtshilfe voraussichtlich besonders dringend benötigt werden und die Rettungsdienste, die Feuerwehren, den Katastrophenschutz und die Polizei wirksam ergänzen. Für biologische und pandemische Lagen – genauso wie für andere Großschadensfälle – setzen wir auf regelmäßige Übungen, um eine bessere Koordinierung zwischen Gesundheits- und Sicherheitskräften von Bund, Ländern und Kommunen zu erreichen und bestmöglich auf Ernstfälle vorbereitet zu sein. Es gilt, einen starken Schutz unserer Bevölkerung zu erhalten.

➤ ***Was hat die unionsgeführte Bundesregierung unternommen, um den Bevölkerungsschutz in Deutschland zu stärken?***

Die unionsgeführte Bundesregierung hat eine Offensive für den ganzheitlichen Bevölkerungsschutz gestartet. Ziel ist es, den Bevölkerungsschutz in Deutschland weiter zu stärken. Das BBK soll dabei umfassend neu ausgerichtet werden. Es soll zu einem wichtigen Dienstleister für Bund, Länder und Kommunen werden. Die hierfür zugrunde liegende Konzeption ist das Ergebnis einer umfassenden Analyse, bei der Interviews und Workshops mit Expertinnen und Experten des Bevölkerungsschutzes aus 40 Institutionen in Deutschland geführt wurden. Der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat hat diese Konzeption gemeinsam mit dem BBK-Präsidenten im März 2021 vorgestellt.

➤ ***Was sieht das Konzept zur Neuausrichtung des BBK im Einzelnen vor?***

Strukturelle Änderungen

Das BBK kann nur gemeinsam mit allen anderen Akteuren leisten den Bevölkerungsschutz in Deutschland modernisieren. So soll das BBK zum Beispiel im gesundheitlichen Bevölkerungsschutz das Bundesministerium für Gesundheit beim Aufbau der “Nationalen Reserve Gesundheit” unterstützen. Zudem soll es die eigene Sanitätsmittelbevorratung sowie die Ausbildung von Pflegehilfskräften vorantreiben. Als Dienstleister für alle Bundesressorts soll es die Entwicklung von nationalen Reserven unterstützen und zentral überwachen. Vergleichbar mit den bereits vorhandenen gemeinsamen Zentren im Bereich der Extremismusbekämpfung soll das BBK ein gemeinsames Kompetenzzentrum mit allen

relevanten Akteuren in Bund, Ländern und Hilfsorganisationen aufbauen. Ziel ist es, Informationsaustausch und Koordinierung zu verbessern.

Unterstützungen des Bundes für die im Katastrophenschutz zuständigen Länder

Die Warn-App NINA soll zu einer Bundes-Warn-App ausgebaut werden. Der Bund unterstützt die Länder mit 88 Millionen Euro, um ein Sirennetz aufzubauen. Mit einem Förderprogramm in Höhe von 63 Millionen Euro unterstützt er die Länder darüber hinaus, um Strukturen für die Trinkwassernotversorgung auszubauen.

Angebote für Bürgerinnen und Bürger

Ein weiterer Schwerpunkt in der Neuaufstellung des BBK soll der direkte Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern werden. Dieser soll – u. a. mit einer Service-Hotline zu allen Themen der persönlichen Notfallvorsorge – ausgebaut werden. Über leicht zugängliche Angebote sollen darüber hinaus Freiwillige gewonnen und qualifiziert werden, die in Zusammenarbeit mit den Hilfsorganisationen helfen wollen.

Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz

Die beim BBK angesiedelte Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz soll zur ressort- und organisationsübergreifenden Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung weiterentwickelt werden. Die Bundesakademie soll zentrale Aus- und Fortbildungen durchführen – für alle Verantwortlichen des staatlichen Krisenmanagements.

Kritische Infrastrukturen

Im Bereich der Grundversorgung mit Wasser, Strom, Telekommunikation und anderen für unseren Staat und die Gesellschaft wichtigen versorgungswichtigen Einrichtungen und Unternehmen (sogenannte Kritische Infrastrukturen) soll das BBK die entsprechenden Betreiber ansprechen, um deren Unternehmen und Organisationen zu beraten und krisenfester zu machen.

➤ **Welche konkreten Maßnahmen will die unionsgeführte Bundesregierung noch in dieser Legislaturperiode umsetzen?**

In diesem Jahr sollen aus den Mitteln des Konjunktur- und Krisenbewältigungspakets insbesondere folgende Aufgaben weiter gestärkt werden:

- die Warnung der Bevölkerung über die NINA-App sowie über das Modulare Warnsystem (MoWaS),
- die Wassersicherstellung und Notstromversorgung,
- die Ersatzbeschaffung von Krankentransportwagen und
- die Sanitätsmittelbevorratung.

➤ **Wie sorgen wir für mehr Klimaanpassung?**

Bisher gibt es schon die “Deutsche Anpassungsstrategie” an den Klimawandel. Wir werden diese Strategie schlagfertiger, verbindlicher und damit zukunftsfester machen. Wir werden ein nationales Klimaanpassungsgesetz zur Daseins- und Zukunftsvorsorge einbringen, um den Folgen des Klimawandels in der Stadt, auf dem Land sowie an den Küsten, Meeren und in den Bergen zu begegnen. Dies bedeutet, dass wir in der kommenden Legislaturperiode ein Gesetz auf dem Weg bringen wollen, das Deutschland resilienter, also widerstandsfähiger macht.

Im Kern wird es dabei um Klimaanpassungskonzepte, Hitzeaktionspläne, Starkregengefahrenanalysen und Konzepte zur Sensibilisierung von Menschen vor Ort und in den bestehenden Verwaltungsstrukturen ebenso wie in den Unternehmen der verschiedenen Sektoren gehen. Mit unserer Forderung nach Klimaanpassungskonzepten, wollen wir besonders die blaue und grüne Infrastruktur stärken. Dahinter steht der Gedanke, die Ökosystemleistungen, also die Leistungen, die unsere Ökosysteme für uns als Gesellschaft und unsere Umwelt leisten, noch besser zu fördern, zu unterstützen und zu integrieren.

Mit den so genannten nature based solutions (NBS) machen wir die Natur zu unserem Problemlöser bei den Fragen der Klimaanpassung. Diese oftmals integrierten Konzepte können dafür sorgen, dass etwa bei Trockenheit Wasser besser in der Fläche gehalten und bei Hochwasser Gewässern mehr Freiraum geboten wird. Bei der Klimaanpassung wollen wir auch auf die technische Infrastruktur schauen und prüfen, ob sie fit für die neuen

Herausforderungen ist. Mit dem Klimaanpassungsgesetz tragen wir Sorge dafür, dass unser Land zukunftsfest wird.

3. Klimaneutrales Industrieland

Wie wollen wir christdemokratische Klimapolitik auf dem Weg zur Klimaneutralität 2045 gestalten?

➤ Wie will die CDU das Pariser Klimaabkommen einhalten?

Alle Vertragsstaaten des Pariser Klimaabkommens haben sich dazu verpflichtet, die Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad zu begrenzen. Deutschland hat sich als Industrieland selbst verpflichtet, die Klimaneutralität bis 2045 zu erreichen. Deutschland erreicht im Jahr 2020 das Klimaziel. Es wurden 40,8 Prozent weniger Treibhausgasemissionen im Vergleich zu 1990 ausgestoßen. Damit wurden seit 2019 weitere 8,7 Prozent eingespart. In den Sektoren Energiewirtschaft, Industrie, Verkehr, Landwirtschaft und Abfallwirtschaft/Sonstiges wurden die Sektorziele erreicht, einzig im Gebäudebereich wurde das Ziel knapp verfehlt.

➤ Wie hat die CDU-geführte Bundesregierung das sogenannte Klima-Urteil des Bundesverfassungsgerichts umgesetzt?

Die CDU-geführte Bundesregierung hat das Klimaschutzgesetz verschärft. Deutschland soll bis 2030 seinen Treibhausgas-Ausstoß um 65 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 verringern. Bis 2040 sollen es 88 Prozent verglichen mit dem Referenzjahr 1990 sein. Das Gesetz sieht vor, dass die Einhaltung der Klimaziele kontinuierlich überprüft wird. Ein Expertenrat für Klimafragen wird alle zwei Jahre ein Gutachten über die bisher erreichten Ziele und Maßnahmen vorlegen. Werden die Ziele nicht eingehalten, muss nachgesteuert werden. Um die ambitionierten Klimaschutzziele zu erreichen, wurde noch vor der Sommerpause ein 8-Milliarden-Euro-Sofortprogramm aufgelegt. Damit wird unter anderem die Dekarbonisierung der Industrie, energetische Gebäudesanierung, klimafreundliche Mobilität sowie nachhaltige Wald- und Landwirtschaft zusätzlich gefördert.

➤ **Was ist das Leitbild der CDU beim Klimaschutz?**

Die CDU steht dafür, dass Deutschland bis 2045 ein klimaneutrales Industrieland wird. Das ist eine Mammut-Aufgabe für unser Land. Wir stehen dafür ein, dass Arbeitsplätze gesichert und Verbraucherinnen und Verbraucher nicht überfordert werden. Wir setzen auf Innovationen, neue Technologien und marktwirtschaftliche Instrumente wie den Emissionshandel im Instrumentenmix.

➤ **Wie stark wird der CO2-Preis steigen?**

Seit Januar dieses Jahres liegt der CO2-Preis bei 25 Euro pro Tonne. Die CDU-geführte Bundesregierung und die Länder haben vereinbart, dass dieser Preis schrittweise auf bis zu 55 Euro im Jahr 2025 ansteigt. Die CDU will diesen Aufwuchspfad der CO2-Bepreisung straffen und so schnell wie möglich zu einem Europäischen Emissionshandel für Mobilität und Wärme übergehen – so wie es bereits einen europäischen Emissionshandel für die Energiewirtschaft und die Industrie gibt.

➤ **Wie werden die Bürgerinnen und Bürger entlastet, wenn der CO2-Preis steigt?**

Wir entlasten dadurch, dass wir die Einnahmen aus dem CO2-Preis über eine Reduzierung beim Strompreis zurückgeben. Wir werden die EEG-Umlage abschaffen, dadurch wird der Strom günstiger. Das kommt Bürgerinnen und Bürgern und auch den Betrieben zugute. Durch die Abschaffung der EEG-Umlage wird z. B. eine Familie mit zwei Kindern bei einem Jahresverbrauch von 4.000 kWh um 260 Euro entlastet. Bei einem Singlehaushalt sprechen wir bei einem Verbrauch von 1.500 kWh von 95 Euro pro Jahr. Wer wie zum Beispiel Berufspendler längere Wege zu Arbeit hat und deshalb mehr Energie verbraucht, erhält seit Anfang des Jahres eine höhere Pendlerpauschale (35 Cent ab Kilometer 21). Das versprochene Energiegeld der Grünen ist indes keine Lösung, weil man jetzt noch keine Idee hat, wie man die 75 Euro an die Bürgerinnen und Bürger weitergibt. Zudem bleibt eine Entlastung der Betriebe aus.

➤ **Wie will die CDU beim Ausbau der Erneuerbaren Energien vorankommen?**

Damit der stark steigende Energiebedarf gedeckt wird, müssen wir beim Ausbau der Erneuerbaren Energien deutlich schneller vorankommen. Die CDU setzt auf einen intelligenten und diversifizierten Energiemix, der nachhaltig und sicher ist. Dazu gehört die Energiegewinnung aus Sonne und Wind genauso wie nachhaltige Biomasse, Wasserkraft und Geothermie im ländlichen Raum. Die CDU will mit einem Sonnenpaket den Ausbau der

Photovoltaik fördern. Genehmigungsverfahren für Photovoltaikanlagen sollen möglichst einfach über eine Onlineplattform erfolgen. Wir fördern den naturverträglichen Ausbau von Wind onshore und offshore sowie das Repowering von Anlagen. Wir wollen im Rahmen der Europäischen Offshore-Strategie und des nationalen Wind-See-Gesetzes auch grenzüberschreitende Energiekooperationen eingehen. 2020 deckten Erneuerbaren Energien einen höheren Anteil als die Fossilen. Insgesamt wurde 45,4 Prozent des Bruttoenergieverbrauchs durch sie gedeckt, das wollen wir weiter deutlich steigern.

➤ ***Warum steht die CDU zum Kohle-Ausstieg 2038?***

Die CDU ist die Partei der Verlässlichkeit und der Nachhaltigkeit. Klimaschutz geht nur gemeinsam mit den Menschen, nicht gegen sie. Der ausgehandelte Kohlekompromiss berücksichtigt wirtschaftliche, ökologische und soziale Aspekte. Deshalb war die Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung, umgangssprachlich Kohlekommission, mit Experten aus verschiedenen Parteien, Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften und Wissenschaftlern besetzt. Der Ausstieg erfolgt schrittweise. Bis 2030 sind weitere Reduktionen auf rund acht Gigawatt-Leistung bei den Steinkohle-Kraftwerken und neun Gigawatt-Leistung bei den Braunkohle-Kraftwerken geplant. In den Jahren 2026, 2029 und 2032 kann geprüft werden, ob Stilllegungen vorgezogen werden können. Ab 2030 besteht dann die Möglichkeit auf das so genannte entschädigungsfreie Vorziehen um drei Jahre. Bis 2038 soll der Ausstieg aus der Kohleverstromung spätestens abgeschlossen sein.

➤ ***Was tut die CDU, damit Betriebe nicht in andere Staaten abwandern, in denen weniger strenge Klima- und Umweltstandards gelten?***

Für uns ist wichtig: Maßnahmen zum Klimaschutz dürfen nicht an unseren Grenzen haltmachen. Bei allen Maßnahmen werden wir darauf achten, dass Produktionsprozesse nicht in Drittstaaten mit geringeren Klimaschutzstandards verlagert und Emissionen dort weiterhin ausgestoßen werden. Dies versteht man unter einem Carbon-Leakage-Schutz. Wir streben in erster Linie international höhere Standards und angepasste Preise an. Über internationale Klimakooperationen mit großen Volkswirtschaften wie etwa den USA wollen wir ambitionierte Standards etablieren. Ergänzend dazu wollen wir gemeinsam mit unseren europäischen Partnern einen WTO-konformen CO₂-Grenzausgleich (Carbon Border Adjustment Mechanism) einführen. Es reicht nicht, wenn wir in Deutschland klimaneutral werden. Wir wollen selbst vorangehen, aber auch andere Länder unterstützen. Durch Klimadiplomatie, durch Förderprogramme und auch durch Public Private Partnership.